

## GROSSER RAT

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission  
Subkommission DEK



Grossratsgeschäftsnummer: 16 / BS 16 / 145  
Rechtsbuch-Nummer: -  
Departement: DEK

### **Bericht der GFK-Subkommission DEK zum Budget 2018 und zum Finanzplan 2019 - 2021**

#### **Zusammensetzung der GFK-Subkommission DEK:**

Präsidentin: Roland A. Huber, Frauenfeld  
Mitglieder: Margrit Aerne, Lanterwil  
Reto Lagler, Ermatingen  
Kristiane Vietze, Frauenfeld

#### **Allgemeine Bemerkungen zum Budget 2018 und Finanzplan 2019 - 2021**

Mit einem Gesamtaufwand von Fr. 465'698'600 ist für das Jahr 2018 ein Anstieg von 1.47% gegenüber dem Vorjahresbudget vorausberechnet, vor allem aber einen Anstieg von 3.45% gegenüber dem Rechnungsabschluss 2016. Trotzdem liegt das Budget immer noch 2.4 Mio. Franken tiefer als der Rechnungsabschluss 2014 beziehungsweise rund 1% unter dem Rechnungsabschluss 2013. Gleichwohl ist die Tendenz eines stets sinkenden Gesamtaufwands erstmals seit Einführung der neuen Rechnungslegung nach HRM2 gebrochen.

Der vorsichtig budgetierte Ertrag liegt leicht unter dem Vorjahresbudget, verzeichnet aber dennoch einen Anstieg um 6.71% gegenüber dem Rechnungsergebnis 2015 bzw. 9.48% zum Rechnungsabschluss 2015. Seit 2011 steigt der Ertrag kontinuierlich an und liegt nun um rund 20 Mio. Franken höher als beim Rechnungsabschluss des Jahres 2012. Der Ruf nach einer Revision des Beitragsgesetzes seitens einiger Schulgemeinden wurde erhört – eine Anpassung des 2011 in Kraft gesetzten Regelwerks ist in Bearbeitung. Eine Inkraftsetzung ist frühestens per 01.01.2019 vorgesehen. Ob aber der Rückgang der Einnahmen, wie im Finanzplan für das Jahr 2020 prognostiziert, letztendlich das Ausmass von den angenommenen 7% ausmachen wird, muss sich noch zeigen.

Die Investitionsrechnung ist für das Jahr 2018 gegenüber dem Vorjahresbudget um 1.38 Mio. Franken oder 21.5 % abgespeckt. Nach wie vor ist der budgetierte Betrag deutlich höher angesetzt als er in den letzten Jahresrechnungen effektiv ausgewiesen wurde (2013: 3.4 Mio. Franken, 2014: 2.9 Mio. Franken, 2015: 2.9 Mio. Franken, 2016: 1.8 Mio. Franken). Dies ergibt über die Jahre 2013 bis 2016 eine Differenz von 5.6 Mio. Franken zwischen den budgetierten Investitionen und den effektiv ausgewiesenen Investitionssummen. Die Frage, ob aus den geringer beanspruchten Investitionsgeldern bzw. der Nicht-Realisierung von Investitionen in absehbarer Zeit ein enormer Investitions-Stau resultieren könnte, ist also durchaus berechtigt. RR Monika Knill verweist denn auch darauf, dass ein erhöhtes Investitionsvolumen dann zu bewältigen sein wird, wenn mehrere geplante Bauvorhaben, welche in den letzten Jahren zeitlich aufgeschoben wurden, gleichzeitig in Angriff genommen werden und die ursprünglich gesprochenen und zugesicherten Gelder dementsprechend innert kurzer Zeit abgerufen werden.

Die Stellenentwicklung liegt im Schwankungsbereich der Vorjahre. Vor allem im Schulwesen ist sie abhängig von den Schülerzahlen und der daraus resultierenden Anzahl Klassen. Das Minus bei den Mittelschulen von 2.1 Stellen ist in der Botschaft erläutert, ebenso das Plus von 2.6 Stellen bei den Berufsfachschulen. Bei den Ämtern sind für 2018 keine relevanten Stellenveränderungen vorgesehen, die Projektstelle von 0.2 im AV ist in der Botschaft hinreichend begründet. Bei den befristeten Stellen ist ein Rückgang von 14.3 budgetierten Stellen im Vorjahr auf 8.5 Stellen im Budget 2018 vorgesehen.

Gesamthaft betrachtet liegt das Budget 2018 des DEK im Bereich der Vorjahre und weist keine aussergewöhnlichen Veränderungen auf. Die Subkommission hat anerkennend vermerkt, dass die bei der Hochrechnung für das Jahr 2017 festgestellten Abweichungen vom Budget 2017, welche im August 2017 gegenüber der GFK kommuniziert wurden, im Budgetierungsprozess des DEK berücksichtigt sind. Die Subkommission dankt dem Departement für die rasche und umfassende Beantwortung des umfangreichen Fragenkatalogs und den offenen Dialog in den Besprechungen.

## **Budget 2018**

### **4110-4123 Amt für Volksschule**

Mit der Anpassung des bisher abteilungsbezogenen Produkteplans nun neu zur abteilungs-übergreifenden Erfassung der effektiven Kosten ist ein Vergleich mit dem Vorjahresbudget nicht möglich.

Bei den „Link-S“-Kosten handelt es sich um eine Lastenverschiebung vom DFS ins DEK. „Link-S“ führt zu einer verbesserten Reintegration von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Störungen in die Regelschulen.

Produktgruppe Finanzierung Volksschule: Die Beiträge von Budget 2017 zu Budget 2018 nehmen deshalb zu, weil sich die ursprünglich prognostizierte Steuerkraft nicht im vorgesehenen Masse entwickelt hat und zudem die Schülerzahlen wieder leicht ansteigen.

Produktgruppe Qualitätssicherung Volksschule: Die früher jährlich viermal durchgeführten Standortgespräche mit Schulgemeinden können in den meisten Fällen auf zwei reduziert werden.

Produktgruppe Projekte Unterrichts- und Schulentwicklung: Trotz Einbezug der Kosten für die Vorbereitungsarbeiten zur Einführung des Lehrplans Volksschule Thurgau kann das Budget dieser Produktgruppe leicht gesenkt werden.

### **4130-4145 Amt für Mittel- und Hochschulen (AMH)**

Ab Sommer 2018 wird an der Handelsmittelschule (HMS) keine neue 1. Klasse mehr geführt. Für das Kalenderjahr 2018 sind gesamthaft für alle Mittelschulen 100,6 Klassen budgetiert, gegenüber 101,03 im Jahr 2017. Dieser Rückgang wirkt sich direkt auf die rein rechnerisch ermittelte Anzahl Planstellen aus.

### **4310-4318 Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (ABB)**

Bei den budgetierten KIP-Geldern handelt es sich um eine Lastenverschiebung vom DJS ins DEK. Ziel des Regierungsrates war es, alle Integrationskurse für 12- bis 24-Jährige unter einheitlicher Führung aufeinander abzustimmen und Doppelspurigkeiten

3/4

zu vermeiden. Im Schuljahr 2017/18 werden insgesamt 150 Jugendliche unterrichtet mit Gesamtkosten von 750'000.- Franken, getragen von ABB und Migrationsamt – die Prognose zeigt insgesamt sinkende Aufwendungen.

Produktgruppe Weiterbildung: Die Unterstützung der Kurse richtet sich nach dem Bundesgesetz über die Weiterbildung (WeBiG; SR 419.1; Art. 9), in welchem die staatliche Durchführung, Förderung oder Unterstützung von Weiterbildungen geregelt ist. Der Übergang von der objekt- zur subjektorientierten Subventionierung der Vorbereitungskurse in der höheren Berufsbildung durch den Bund ist finanziell noch nicht vollumfänglich abschätzbar. Im Oktober 2017 wurden die vom ABB überarbeiteten kantonalen Richtlinien in Kraft gesetzt. Im Finanzplan finden sich reduzierte Bundesbeiträge. Nach aktuellem Wissensstand ergeben sich aber für den Kanton keine Mehrkosten.

#### **4510 Kantonsbibliothek**

Ein Ausbau des Bereichs Digitalisierung würde eine Aufwertung der Kantonsbibliothek bewirken. Inwieweit dafür finanzielle Mittel aus dem Walter-Enggist-Fonds eingesetzt werden können, ist noch offen, da der Erbgang dafür zuerst abgeschlossen sein muss.

#### **4611 Kulturamt**

Der Bericht der Kulturstiftung hat vor allem in Bezug auf allfällig mögliche Kosteneinsparungen zu Diskussionen geführt. Der Regierungsrat nimmt jeweils die entsprechenden Jahresberichte zur Kenntnis und führt im Anschluss ein Gespräch mit den Verantwortlichen, auch über inhaltliche und finanzielle Aspekte.

#### **4710 Amt für Archäologie**

Mehrkosten für die Raummiete beim Amt für Archäologie in der Höhe von 105'000 Franken im Budget 2018 und ein weiterer Anstieg für das Folgejahr in derselben Höhe sind erklärungsbedürftig. Die GFK wird sich im Frühjahr 2018 anlässlich der Besprechung des Geschäftsberichts 2017 dem Gesamtüberblick der Gestehungskosten aller vom Kanton angemieteten Raumflächen annehmen.

### **HG20202**

#### *5.4.2 Verzicht auf mündliche Aufnahmeprüfungen an Mittelschulen: Wegfall Experten-kosten*

Diese Massnahme wird von der Subkommission grundsätzlich in Frage gestellt. Mit dem Wegfall der mündlichen Prüfungen muss durch die Mittelschulen der ordentliche Unterricht gewährleistet werden. Damit werden Lohnzahlungen an das Lehrpersonal ausgelöst, welche höher sind, als die vom AV beabsichtigte Einsparung der Experten-kosten.

#### *5.4.4 Verzicht auf Unterstützungsbeitrag Sexualpädagogik*

Der Regierungsrat ist der Überzeugung, dass durch diesen Gesamtleistungsauftrag mit der Perspektive Thurgau alle Wirkungsbereiche abgedeckt werden und keine zusätzliche Unterstützung durch andere Ämter nötig sein sollte.

4/4

*5.4.5 Reduktion externe Evaluation sowie 5.4.7 Reduktion Entwicklung Evaluationsinstrumente*

Die Subkommission ist der Ansicht, dass die vorgeschlagenen Reduktionen nicht zielführend sind. Die Subkommission würde es begrüßen, wenn das Amt Vorschläge ausarbeiten könnte, welche einen vertretbaren Leistungsabbau beinhalten, was dann effektiv zu einer nachhaltigen Reduktion des Aufwands führt – auch wenn damit eventuell ein Stellenabbau nötig sein sollte.

*5.4.9; Verzicht auf Handelsmittelschule:*

Die Auflösung der HMS in Frauenfeld war ja schon beschlossen, bevor die im Zusammenhang mit HG2020 vorgestellten Massnahmen bekanntgegeben wurden: die Subkommission ist ob diesem Vorgehen erstaunt. Gleichzeitig meldet sie ihre Besorgnis hinsichtlich der Ersatzlösungen für die freizustellenden Mitarbeitenden an.

*5.4.11 Verzicht auf Leistungsvereinbarung mit Berufsberatung Wil*

Auch diese Massnahme wird von der Subkommission hinterfragt. Grundsätzlich wird die Entscheidung des Regierungsrats begrüsst, insofern damit für die Schülerinnen und Schüler aus dem Hinterthurgau die gleiche im Thurgau erfolgende Beratung gewährleistet werden kann, wie allen anderen Jugendlichen unseres Kantons. Ob jedoch mit dem mit dieser Massnahme verbundenen Ausbau des Sollstellenplans am BIZ in Frauenfeld letztendlich der beabsichtigte Spareffekt im Sinne des Massnahmenkatalogs HG2020 erzielt werden kann, wird angezweifelt.

*5.6.1 Vereinheitlichung und Anpassung der Parkierungskosten*

*5.7.2 Kilometerentschädigung reduzieren*

Die Massnahme 5.6.1 betrifft auch die von den Mittelschulen und Berufsfachschulen bewirtschafteten Parkflächen und die Massnahme 5.7.2 tangiert Mitarbeitende der Schulen, insbesondere Teilzeitbeschäftigte, welche mit Kleinpensen zwischen den Mittelschulen pendeln. Deshalb werden vom DBU und vom DFS konkretere Angaben über die Umsetzung der Massnahmen erwartet.

Frauenfeld, 13. November 2017

Der Subkommissionspräsident  
Kantonsrat Roland A. Huber